

# Der Kampf um die besten Köpfe

**LEINF.-ECHTERDINGEN: IG Metall beschäftigt sich mit der Einwanderungsgesellschaft**



Bilkay Öney fordert ein Landesanererkennungsgesetz. Foto: dpa

**Vor gut 50 Jahren schlossen Deutschland und die Türkei ein Abkommen zur Anwerbung türkischer Arbeitskräfte. Die IG Metall feierte das Jubiläum in der Filderhalle mit 60 Besuchern und einem Blick auf die Einwanderungsgesellschaft.**

Von Peter Dietrich

„Beide Seiten dachten, die Anwerbung sei nicht auf Dauer, beide Seiten irrten sich“, sagte Bilkay Öney, Landesministerin für Integration. Sie lobte Unternehmen, die Menschen eine neue Heimat und Aufstiegschancen gaben. Gewerkschaften und Betriebsräte hätten in gleichem Maße das Heimischwerden erleichtert und den neuen Kollegen im Alltag geholfen. Die IG Metall sei „ein Bündnispartner für erfolgreiche Integration“ und auch beim Thema Antirassismus gefragt. Der wirtschaftliche Erfolg Baden-Württembergs sei untrennbar mit der Arbeit der Zuwanderer verbunden. „Eines meiner zentralen Themen ist ein Landesanererkennungsgesetz, damit ausländische Abschlüsse leichter anerkannt werden können und weitere Potenziale erschlossen werden.“ Der Südwesten solle „Musterland für gute Arbeit“ werden. „Wir wollen prekäre Beschäftigungen zurückdrängen. Leiharbeit muss werden, was sie ursprünglich sein sollte: Ein zeitlich begrenztes Mittel zur Überbrückung.“ Für diese Vorhaben bekam Öney kräftigen Applaus. Für Jörg Hofmann, Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, fand eine Wende statt, als die „Gastarbeiter“ das Wahlrecht für den Betriebsrat bekamen. Eine weitere war der Anwerbestopp von 1973: „Damit wurde Deutschland zu einem Einwanderungsland, denn es gab weniger Rückkehrer, und Familien zogen nach. Leider wurde das von der Politik bis Ende der 90er-Jahre geleugnet. Das hat 20 Jahre aktive Integrationspolitik behindert.“ Jörg Hofmann forderte das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger und das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft. Laut Statistik sei Deutschland kein Zuwanderungsland, erklärte der Hauptreferent Professor Klaus J. Bade, Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Von 1994 bis 2009 habe das Land über eine halbe Million Staatsbürger mehr abgegeben. „Wer geht, ist oft hoch qualifiziert, die Hälfte hat studiert.“ Im Kampf um die besten Köpfe habe Deutschland ein paradoxes Missverhältnis: hohe Ausbildungsqualität, aber mangelnde Attraktivität. Andere Länder merkten das. „Die Absaugpumpen werden weltweit immer stärker auf Deutschland ausgerichtet.“ Eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive im Innern oder qualifizierte

Zuwanderung von außen? Deutschland brauche beides. „Wir müssen diejenigen im Schatten des Arbeitsmarktes herausholen: Langzeitarbeitslose, Frauen, unzureichend qualifizierte Jüngere, zu früh ausgesonderte Ältere, Leute mit Migrationshintergrund.“ Zu lautes Geschrei der Arbeitgeber dürfe nicht irritieren: „Man muss ihr Interesse an einem Überangebot an Arbeitskräften im Auge behalten.“

## **Habilitiert, aber arbeitslos**

Ein Negativbeispiel bei der Zuwanderung seien die Juden aus der GUS. Sie waren höchst qualifiziert, ihr Können sei aber ungenutzt geblieben. „So wurden aus habilitierten Feststoffphysikern unqualifizierte Arbeitslose.“ Kanada und die USA hingegen suchten gezielt nach qualifizierten Flüchtlingen. Das sei kein Ersatz für humanitäre Programme, aber legitimes Eigeninteresse.

Die eigentliche Integrationsarbeit, so Bade, werde in den Kommunen geleistet. Sie würden mit den Problemen alleine gelassen. Man müsse handeln, bevor der „braune Sumpf“ das Feld besetze. „Vielleicht brauchen die rechten Bewegungen nur noch ein Sammelbecken und einen charismatischen Führer.“ 13 Jahre lang habe der Verfassungsschutz eine Neonazi-Mörderbande nicht bemerkt. „Aber linke Abgeordnete bespitzeln - man schütze uns vor diesem Verfassungsschutz.“

Die Bevölkerung, das zeigten Umfragen, reagiere informierter und pragmatischer als von Politikern vermutet. Diese sollten den skandalisierenden Medien nicht nachgeben. „So ängstlich ist die Bevölkerung gar nicht.“ Sie solle aber lernen, statt ethisch lieber funktional zu differenzieren: nicht zu fragen, wo einer herkommt, sondern wie er lebt und was er kann.

Artikel vom 03.02.2012 © Eßlinger Zeitung

